

Was machen die Massnahmengegner, wenn es keine Massnahmen mehr gibt?

Die Unterschriftensammlung läuft weiter, doch die Corona-Kundgebungen hören auf, sobald «wirkliche alle Massnahmen» aufgehoben sind.

Elias Quaderer

Seit Liechtenstein im vergangenen September die 3G-Pflicht einführt, versuchten die Gegner der Schutzmassnahmen auf alle mögliche Wege gegen die Coronapolitik anzukämpfen. Es begann mit den wöchentlichen Demonstrationen auf dem Peter-Kaiser-Platz. Bald darauf reichte die Gruppierung «Mitdenken.li» einen Normenkontrollantrag beim Staatsgerichtshof ein, die Covid-Verordnung vom September auf ihre Verfassungsmässigkeit hin zu prüfen. Nachdem dieser Versuch erfolglos war, versucht «Mitdenken.li» nun die 2G-Pflicht anzufechten. Und seit letztem Freitag sammelt ein Initiativkomitee, das unzufrieden mit der Coronapolitik ist, Unterschriften, um den Landtag aufzulösen. Unterstützt wird das Komitee von der Massnahmengegner-Partei «Mensch im Mittelpunkt» (MiM).

So viel zum Mikrokosmos der Massnahmengegner. Doch gestern kündigte der Schweizer Bundesrat das baldige Ende der Schutzmassnahmen an. So schickte er zwei Lockerungsvarianten in die Konsultation: Entweder werden in zwei Wochen alle Schutzmassnahmen aufgehoben oder die Massnahmen werden ab dem 17. Februar gestaffelt heruntergefahren. Liechtensteins Regierung wird heute über das weitere Vorgehen informieren. Es ist davon auszugehen, dass sie sich am Öffnungsplan der Schweiz ori-



Die Massnahmengegner reagieren unterschiedlich auf die Öffnungspläne.

Bild: D. Schwendener

entiert. Was machen aber die Massnahmengegner, wenn die Schutzmassnahmen aufgehoben werden?

Stocker: Lage könnte sich im Herbst wieder verschärfen

Überraschend vorsichtig zu den angekündigten Lockerungen äussert sich Werner Stocker, Mitglied des Initiativkomitees zur Auflösung des Landtags. «Es besteht die Gefahr, dass die Fallzahlen und die Hospitalisierungen im kommenden Herbst wieder zunehmen und dann die Massnahmen wieder zurück-

kehren», sagt der Balzner. Ist es aber nicht vernünftig, dass eine Regierung auf eine sich verschärfende Pandemiesituation mit entsprechenden Massnahmen reagiert? Stocker ist anderer Ansicht. «Wir müssen halt lernen, mit dem Virus zu leben», lautet seine Parole.

Aber selbst wenn die meisten Coronamassnahmen im Laufe des Monats nun endgültig verschwinden sollten, werde das Initiativkomitee seine Unterschriftensammlung nicht stoppen. Denn die Initiative richtet sich gegen das bisherige

Verhalten des Landtags während Corona. «Unser Vorhaben ist ein Misstrauensvotum gegen den Landtag. Und sollte der Landtag abgesetzt werden, ist das ein deutlicher Auftrag des Volks, Krisen künftig anders zu handhaben», meint Stocker.

Clavadetscher sieht Erfolg durch «Druck der Strasse»

Andrea Clavadetscher vom Coronademo-Verein «Unerhört.li» verbucht den Öffnungsplan des Bundes als Erfolg der Massnahmengegner. «Dass jetzt Öffnungen in Aussicht stehen, hat

sicher auch mit dem Druck der Strasse zu tun – nicht nur in Liechtenstein, sondern weltweit», klopft sich Clavadetscher auf die Schultern. Dass Regierungen mit den Lockerungen auf eine veränderte Pandemiesituation reagieren, sieht der Ex-Radprofi nicht. Stattdessen fragt er sich im Tonfall eines Verschwörungstheoretikers: «Wer garantiert uns, dass nicht wieder eine neue Mutation heraufbeschworen wird?»

Allerdings hält Clavadetscher fest: «Sobald alle Massnahmen aufgehoben sind, werde ich mit den Kundgebungen aufhören.» Doch es müssten «wirklich alle» Massnahmen fallen. Sonst werde weiter demonstriert.

«Mitdenken.li» ist wohl zu spät dran

Die Gruppierung «Mitdenken.li» hofft, dass sie mit dem zweiten Normenkontrollantrag, der sich primär gegen die 2G-Pflicht richtet, grösseren Erfolg hat als mit ihrem ersten. Doch selbst wenn die Gruppe dieses Mal vom Staatsgerichtshof Recht erhalten sollte, könnte es zu spät sein. Denn auf Anfrage erklärt der Staatsgerichtshof, dass er erst in seiner Sitzung am 28./29. März über den Antrag entscheiden wird. Angesichts der Varianten, die der Bundesrat in die Vernehmlassung schickte, ist es gut möglich, dass bis dahin die 2G-Pflicht kein Thema mehr ist. In Liechtenstein wäre folglich auch die angefochtene Covid-Ver-

ordnung vom 15. Dezember nicht mehr in Kraft.

Sollte «Mitdenken.li» Ende März Recht erhalten, könnte der Staatsgerichtshof lediglich feststellen, dass die Verordnung verfassungswidrig war. «Eine Aufhebung der Norm wäre nicht mehr möglich, nachdem diese bereits ausser Kraft wäre», so der Staatsgerichtshof. Faktisch bliebe der Entscheid also ohne Konsequenzen.

MiM-Partei: Programm einzig auf Corona fixiert

Bleibt noch die Partei «Mensch im Mittelpunkt». Auf Anfrage wollte sich Vorstandsmitglied Kevin Marxer zur Angelegenheit nicht äussern. Ein Blick auf die Statuten der Partei zeigt aber, dass eine Ende der Schutzmassnahmen der Gruppierung das zentrale Thema rauben würde. So gilt als erstes Ziel von MiM, dass alle durch und wegen Corona erlassenen Gesetze und Verordnungen für ungültig erklärt werden.

Auch die meisten anderen Programmpunkte stehen im Zusammenhang mit der Pandemie. Die wenigen Ziele, die davon losgelöst sind, bleiben nichtssagend. So will die Partei gemäss Statuten eine «freiheitliche, umweltschonende, gesunde, kulturfördernde, soziale und familienfreundliche Politik» unterstützen oder eine «Verbesserung des Bildungssystems». Konkreter wird es nicht. Ohne Coronamassnahmen wird «Mensch im Mittelpunkt» seinen «Selling Point» verlieren.

Zwei Schulen im Land verschärfen die Massnahmen

Separate Eingänge, getrennte Pausenplätze und kein Skilager für die Triesner wegen steigender Corona-Fallzahlen.

Wegen erhöhtem Infektionsgeschehen werden an zwei Liechtensteiner Schulen wieder strengere Coronamassnahmen durchgesetzt. Eine der betroffenen Schulen ist die Gemeindeschule Triesen. In einem auf den 1. Februar 2022 datierten Brief schreibt die Schulleitung: «Aufgrund der steigenden Zahlen sind wir gezwungen, unsere Massnahmen per sofort anzupassen.»

In Triesen wird nun wieder die Durchmischung von Klassen verhindert. Die Schülerinnen und Schüler müssen separate Eingänge benutzen, die Pausen finden im Klassenverband auf zugewiesenen Plätzen statt.

Schulamt bedauert Absage des Skilagers

Die einschneidendste Massnahme betrifft die vierten Klassen: Das Skilager, das nächste Woche hätte stattfinden sollen, wird nicht durchgeführt. «Das Schul-

amt und die Gemeindeschule Triesen bedauern sehr, dass das Lager leider abgesagt werden muss», heisst es auf Anfrage beim Schulamt. Das Infektionsgeschehen sei unter Kontrolle, aber aus Vorsichtsgründen seien die Massnahmen umgehend verschärft worden.

Vorläufig nicht mehr stattfinden wir auch der Schwimmunterricht für die ersten bis dritten Klassen. Die Maskenpflicht gilt nun wieder für alle Schülerinnen und Schüler, Ausflüge mit den öffentlichen Verkehrsmitteln sind nicht möglich.

Lage an meisten Schulen noch unter Kontrolle

An den Liechtensteiner Schulen gilt wegen der Coronapandemie ein dreistufiges Eskalationsmodell. Neben der Gemeindeschule Triesen gilt noch an einer weiteren Schule seit Dienstagmorgen wieder die Eskalationsstufe zwei. In allen anderen Gemein-



Klassenzimmer der Primarschule Triesen. Symbolbild: Archiv

den ist das Infektionsgeschehen derzeit noch unter Kontrolle. Die Eskalationsstufe eins kommt zum Zug – will heissen: Es gelten unter anderem die grundlegenden Schutzkonzepte mit Abstands- und Hygieneregeln.

Valeska Blank

Bürowahl: Junge Liste kritisiert die FL-Fraktion

Dass zwei der drei FL-Abgeordneten an der LT-Eröffnung für Albert Frick und Gunilla Marxer-Kranz stimmten, «irritiert» die Jungpartei.

Vergangenen Donnerstag zeigte sich an der Landtagseröffnung eine überraschende Einmütigkeit unter den Abgeordneten: Sowohl Landtagspräsident Albert Frick (FBP) als auch Landtagspräsidentin Gunilla Marxer-Kranz wurden mit 23 Stimmen wiedergewählt. Damit gaben nicht nur die beiden Regierungsparteien geschlossen ihre Stimmen für die Kandidaten. Auch zwei Abgeordnete der Freien Liste und ein Abgeordneter der DpL stimmten für die beiden. Dieses Wahlverhalten stiess der Jungen Liste auf, wie aus einem zugesandten Forumsbeitrag hervorgeht. «Aus der Opposition heraus die Regierungsparteien zu hofieren, bringt uns keinen Schritt weiter», kritisiert die Jungpartei die FL-Fraktion.

Konkret gaben Fraktions-sprecher Patrick Risch und der Schaaner Abgeordnete Georg Kaufmann dem Präsidenten

und der Vizepräsidentin ihre Stimme. Mit Blick auf die beiden Abgeordneten meint die Junge Liste: «Die oppositionellen Abgeordneten Risch und Kaufmann müssen sich darüber im Klaren sein, dass sie – zumindest von uns – nicht gewählt wurden, um im Landtag Abgeordnete der bürgerlichen Regierungsparteien VU/FBP ohne politisches Gegengeschäft zu Amt und Würden zu verhelfen.» Dass sie aber genau dies mit ihrer Wahl von Albert Frick und Gunilla Marxer-Kranz taten, «irritiert uns zutiefst». Für künftige Zugeständnisse dieser Art müsse die Freie Liste von den Regierungsparteien «mindestens erkennbar ein politisches Gegengeschäft einfordern.»

FL habe Junger Liste davon abgeraten, sie zu kritisieren

Dass eine Jungpartei in so offener Weise die Fraktion der

Mutterpartei kritisiert, ist im Politikgeschäft Liechtensteins ein Novum. Allerdings emanzipierte sich die Junge Liste bereits im letzten Jahr im Zuge des Parteikonflikts von der Freien Liste und konstituierte sich als eigener Verein. Damals hatte die Jungpartei auch angekündigt, die Freie Liste künftig auch öffentlich von links her zu kritisieren. «Davon wurde uns oft abgeraten, da es allen nur schade, die einzige Wahlalternative links der Mitte öffentlich zu kritisieren», heisst es im Forumsbeitrag. Doch davon lässt sich die Junge Liste offenbar nicht einschüchtern. Wenn sich die Freie Liste tatsächlich als «Wahlalternative links der Mitte» präsentieren wolle, «muss ihre Landtagsfraktion auch dementsprechend handeln», lautet ihre Meinung.

Leserbrief, Seite 9

Elias Quaderer